

An die
Bezirksbürgermeisterin im Stadtbezirk MS-West
Frau Elisabeth Westrup
Pantaleonplatz 7
48161 Münster

Münster-Roxel, 05.11.12

Sozialpädagogische Unterstützung an Schulen in Roxel/ Analyse des Angebotes

Die Bezirksvertretung Münster-West möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Öffentlichkeit und den politischen Gremien zeitnah und differenziert darzulegen, welche sozialpädagogische Unterstützung die einzelnen Schulen in Roxel erhalten. Fragestellungen - jeweils aufgeschlüsselt nach den Schulformen Grund-/ Förder-/ Haupt-/ Real-/ Sekundarschule - sollten sein:

- Wie viele von der Stadt Münster finanzierte Stellen (-anteile) für Schulsozialarbeiter/innen stehen den Schulen in Roxel zur Verfügung?
- Wie viele aus Landesmitteln finanzierte Stellen (-anteile) für Schulsozialarbeiter/innen stehen den Schulen in Roxel zur Verfügung?
- Wie viele im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ aus Bundesmitteln finanzierte Stellen (-anteile) für Schulsozialarbeiter/innen stehen den Schulen in Roxel zur Verfügung?
- Wie viele aus Landesmitteln finanzierte Stellen (-anteile) für „Sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase“ stehen in Roxel zur Verfügung?
- Wie viele der o.g. Stellen - aufgeschlüsselt nach Schulformen - gibt es an Münsters Schulen insgesamt?
- Nach welchen Kriterien werden sie verteilt?
- Sind die an Roxels Schulen vorhandenen Stellen für Schulsozialarbeit langfristig abgesichert?

Begründung:

Nach Überzeugung der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Münster-West leistet Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag bei der Gestaltung von Schule und der individuellen Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Aktuelle Rückmeldungen von Eltern zeigen, dass in Roxel ein bedarfsgerechter Ausbau des Angebotes gewünscht wird. Durch eine detaillierte Erhebung soll das derzeitige Angebot und die Kriterien für die Stellenverteilung innerhalb der Stadt Münster transparent gemacht werden. Im Anschluss daran muss geprüft werden, wie der veränderte Bedarf in Roxel (Etablierung einer neuen Schulform, stetig steigende Schülerzahlen in der Grundschule) bei der Stellenplanung berücksichtigt werden kann.

Hagemann und Fraktion